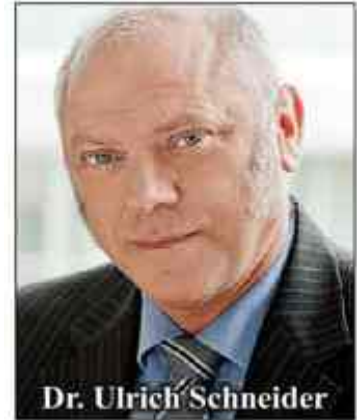


Integrationsgipfel: Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit

Scharfe Kritik übt der Paritätische Wohlfahrtsverband an der ablehnenden Haltung der Union zur doppelten Staatsangehörigkeit anlässlich des stattgefundenen Integrationsgipfels. Der Verband fordert die Union auf, Abstand zu nehmen von dem umstrittenen Optionsmodell, das in Deutschland geborene Kinder von Ausländern zwingt, sich mit Vollendung des 23. Lebensjahres für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden.



„Wenn man ganz bewusst in Kauf nimmt, dass junge Menschen seelischen Nöten und familiären Konflikten ausgesetzt werden, ist das einfach nur ignorant und das Gegenteil von Willkommenskultur“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Der Integrationsgipfel dürfe auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass es deutschen Politikern wie zu Gastarbeiterzeiten ausschließlich um Arbeitskräfte und nicht um die Menschen gehe. „Die Union hat immer noch nicht verinnerlicht, dass wir nicht nur Fachkräfte suchen, sondern neue Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen. Im Zweifelsfall heißt das auch, die doppelte Staatsangehörigkeit zu akzeptieren.“

Unter dem Dach des Paritätischen Gesamtverbandes engagieren sich über 500 Organisationen für eine nachhaltige Integrationspolitik und eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten.

Gwendolyn Stilling, Pressesprecherin
Der Paritätische Gesamtverband

Bündnis UmFAIRteilen - Machen Sie mit!
Mehr Informationen: <http://www.umfairteilen.de>